

# Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik

Suchabfrage	<b>24.04.2024</b>
Thema	<b>Keine Einschränkung</b>
Schlagworte	<b>Keine Einschränkung</b>
Akteure	<b>Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP; -2009)</b>
Prozesstypen	<b>Parteichronik</b>
Datum	<b>01.01.1965 - 01.01.2022</b>

# Impressum

## Herausgeber

Année Politique Suisse  
Institut für Politikwissenschaft  
Universität Bern  
Fabrikstrasse 8  
CH-3012 Bern  
[www.anneepolitique.swiss](http://www.anneepolitique.swiss)

## Beiträge von

Beer, Urs  
Bernath, Magdalena  
Brändli, Daniel  
Gilg, Peter  
Müller, Eva  
Rinderknecht, Matthias

## Bevorzugte Zitierweise

Beer, Urs; Bernath, Magdalena; Brändli, Daniel; Gilg, Peter; Müller, Eva; Rinderknecht, Matthias 2024. *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Parteichronik, Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP; -2009), 1986 - 2003*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. [www.anneepolitique.swiss](http://www.anneepolitique.swiss), abgerufen am 24.04.2024.

# Inhaltsverzeichnis

<b>Parteien, Verbände und Interessengruppen</b>	<b>1</b>
Parteien	1
Parteiensystem	1
Grosse Parteien	3

## Abkürzungsverzeichnis

<b>UNO</b>	Organisation der Vereinten Nationen
<b>AHV</b>	Alters- und Hinterlassenenversicherung
<b>ALV</b>	Arbeitslosenversicherung
<b>EU</b>	Europäische Union
<b>NATO</b>	North Atlantic Treaty Organization

---

<b>ONU</b>	Organisation des Nations unies
<b>AVS</b>	Assurance-vieillesse et survivants
<b>AC</b>	assurance-chômage
<b>UE</b>	Union européenne
<b>OTAN</b>	L'Organisation du traité de l'Atlantique nord

# Parteien, Verbände und Interessengruppen

## Parteien

### Parteiensystem

PARTEICHRONIK  
DATUM: 29.10.1993  
MATTHIAS RINDERKNECHT

Unter dem **Schlagwort Innere Sicherheit** forderten die bürgerlichen Regierungsparteien eine verstärkte direkte Bekämpfung der Kriminalität und die **Prävention von Gewaltverbrechen**. Mit der Wahl dieses Themas sollte nicht zuletzt auch die **Attraktivität der bürgerlichen Parteien** gegenüber den ganz rechts stehenden populistischen Parteien erhöht werden. Ausserdem wurde damit auch ein Schwerpunkt für die Kampagnen zu verschiedenen anstehenden kantonalen und kommunalen Wahlen gesetzt.<sup>1</sup>

PARTEICHRONIK  
DATUM: 12.11.1994  
EVA MÜLLER

Bundespräsident Otto Stich forderte an den ausserordentlichen Von-Wattenwyl-Gesprächen mehr Teamgeist und Unterstützung von den Bundesratsparteien. Diese müssten **«verbindlich eingebunden werden in die Gestaltung und Durchführung der Bundespolitik»**. FDP, SP, CVP und SVP reagierten jedoch in erster Linie mit **Kritik an der Landesregierung**.<sup>2</sup>

PARTEICHRONIK  
DATUM: 31.10.1995  
EVA MÜLLER

Verschiedentlich wurden im Berichtsjahr Vorschläge zu Koalitionen von zwei Bundesratsparteien gemacht. So warb eine überparteiliche Parlamentariergruppe um FDP-Nationalrat Peter Tschopp (GE) für eine **Koalition zwischen FDP und SP, um eine Öffnung gegenüber Europa** zu erreichen. Auch SP-Präsident Peter Bodenmann äusserte mehrfach den Wunsch einer künftigen «Links-Mitte-Koalition» mit der FDP, um etwa in der Europafrage und der Drogenpolitik zu Lösungen zu kommen. Nach dem nationalen Wahlsieg der Links- und Rechtspole SP und SVP schlug auch CVP-Präsident Anton Cottier der **FDP einen Schulterschluss und damit «einen starken dritten Pol im bürgerlichen Zentrum»** vor, um die gegenseitige Blockierung von SP und SVP zu überwinden. Die umworbene FDP zeigte sich interessiert, sprach sich jedoch für pragmatische Lösungen anstelle eines institutionalisierten Miteinanders aus. Sie sehe weniger eine Tripolarität im Vordergrund, sondern Bipolaritäten mit wechselnden Allianzen je nach Materie.<sup>3</sup>

PARTEICHRONIK  
DATUM: 05.11.1995  
EVA MÜLLER

Damit reagierte die FDP auf die These des **Wandels vom zwei- zum dreipolaren Parteiensystem**, die im Berichtsjahr vor allem in linken Kreisen die Runde machte und auch von SP-Präsident Peter Bodenmann vertreten wurde. Gemäss der These wandelt sich das traditionell in ein mehrheitlich bürgerliches und ein minderheitlich linkes Lager gesplante Parteiensystem zunehmend in ein dreipoliges Parteiensystem mit einem **rot-grünen Pol, einem bürgerlichen Zentrum (CVP, FDP) und einer national-konservativen Rechten** (vom Zürcher Flügel dominierte SVP). Diese Rechte politisierte nicht nur gouvernemental, sondern auch ausgesprochen oppositionell.<sup>4</sup>

PARTEICHRONIK  
DATUM: 06.12.1995  
EVA MÜLLER

Vor den eidgenössischen Wahlen erarbeitete eine aus 31 prominenten Parlamentariern von **FDP, CVP, SP und Grünen bestehende «Gruppe Dialog» eine «Erklärung für eine konsensfähige Erneuerungspolitik»**, die zu einer Deblockierung der eidgenössischen Politik beitragen sollte. Als wichtigste politische Ziele der kommenden vier Jahre postulierte die Gruppe die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Konsolidierung des sozialen Netzes, das Zugehen auf Europa, die Stabilisierung der Bundesfinanzen, eine verbesserte Ökoeffizienz sowie eine umfassende Verkehrsreform.

Nach ihrem Wahlsieg stemmte sich die SP aber etwa gegen die Forderung der Konsolidierung der Sozialwerke und erklärte sich auch mit der Aussage der «Gruppe Dialog» nicht einverstanden, dass Zugehörigkeit zur Regierung und fundamentale Opposition in wesentlichen Fragen der Zukunftsgestaltung unverträglich seien. Sie präsentierte deshalb Ende November einen weniger rigiden Vorschlag, auf dessen Basis sich die vier Bundesratsparteien für die neue Legislatur auf eine intensivere Zusammenarbeit einigten. Die **«Erklärung der Bundesratsparteien zur Zusammenarbeit – auf der Basis konstruktiver Kompromisse»** versteht sich nicht als verbindliches Regierungsprogramm, postuliert aber regelmässige Gespräche und gemeinsame Arbeitsgruppen mit zeitlich definierten Mandaten, um Lösungen zu

wichtigen politischen Sachfragen zu erarbeiten. Dabei stehen fünf Schwerpunkte im Vordergrund: Wirtschaft und Arbeit, Sanierung der Bundesfinanzen, Zukunft der Sozialversicherungen, Beziehungen zur EU sowie Regierungs-, Verwaltungs- und Verfassungsreform. Jede der Bundesratsparteien hat Anspruch auf zwei Vertreter. Das Grundsatzpapier hält fest, dass einzelne Parteien im Rahmen der «variablen Geometrie» ausscheren können (opting out); Sanktionen sind nicht vorgesehen. Bis Ende Jahr wurden vier prominent besetzte vorparlamentarische Kommissionen geschaffen: Die Neat-Arbeitsgruppe, die Gruppe Wirtschaft, Konjunktur und Arbeitsmarkt, die Arbeitsgruppe Migration und die Gruppe Drogenpolitik.<sup>5</sup>

**PARTEICHRONIK**  
DATUM: 31.08.1996  
EVA MÜLLER

Im letzten Jahr hatten sich die vier Bundesratsparteien auf eine intensivere Zusammenarbeit geeinigt. Auch im Berichtsjahr zeigte sich jedoch, dass sie in den **wichtigen Fragen der Finanz-, Wirtschafts-, Ausländer- und Sozialpolitik zerstritten** sind. So bezeichneten die Bürgerlichen die Sanierung der Bundesfinanzen als prioritär und sprachen sich für eine Stabilisierung der Sozialleistungsquote oder gar einen Abbau des Sozialstaats aus, während die SP die heutigen Defizite als nicht dramatisch einstufte und auf einem weiteren Ausbau des Sozialstaats bestand. Die SVP stand mit ihrer Volksinitiative «Gegen die illegale Einwanderung» und mit ihrem Nein zur Verwaltungs- und Regierungsreform allein auf weiter Flur.<sup>6</sup>

**PARTEICHRONIK**  
DATUM: 05.03.1997  
EVA MÜLLER

Bezüglich der Aufarbeitung der Rolle der Schweiz während des Zweiten Weltkriegs ging zuerst die SP auf Konfrontationskurs: Zu Beginn des Jahres stimmte der SP-Vorstand einer Resolution zu, die den Rücktritt von Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz (fdp) forderte, weil dieser in einem Interview unter anderem Forderungen von jüdischen Kreisen als «Lösegeld-Erpressung» bezeichnet hatte und sich danach nicht ausreichend entschuldigt habe. Die Resolution stiess jedoch nicht nur bei den bürgerlichen Regierungsparteien auf scharfen Protest, sondern auch bei den SP-Sektionen der Westschweiz. Im April kündigte der Bundesrat an, eine **Solidaritätsstiftung** einrichten zu wollen. Während **SP, CVP und FDP die Idee grossmehrheitlich begrüßten**, drohte die Zürcher SVP unter Christoph Blocher bereits vor der **Konkretisierung des Projekts mit dem Referendum**. Später lancierte Blocher ein Gegenprojekt, um die Solidaritätsstiftung zu untergraben.

**PARTEICHRONIK**  
DATUM: 15.07.1997  
EVA MÜLLER

Insbesondere aufgrund ihrer **Haltung im Bereich der bilateralen Verhandlungen** warfen SP, CVP und FDP der SVP vor, «nicht mehr bündnisfähig» zu sein. Die SVP trug die Verhandlungen im Berichtsjahr offiziell zwar weiterhin mit, gleichzeitig sprach sie sich aber gegen die Aufhebung der 28-Tonnen-Limite bei Lastwagen sowie gegen die Schwerverkehrsabgabe und den freien Personenverkehr aus und **drohte mit Referenden**. Die FDP mahnte die SVP per Pressedienst, «sich auf ihre einstigen Qualitäten als bürgerliche Partnerin, die Verantwortung übernahm, zu besinnen».<sup>7</sup>

**PARTEICHRONIK**  
DATUM: 09.12.1997  
EVA MÜLLER

Auch im Berichtsjahr herrschte zwischen den Regierungsparteien in wichtigen Fragen keine Einigkeit, **wobei wechselweise SP und SVP ausscheren**. Dies zeigte sich auch bei den Volksabstimmungen: Während sich FDP und CVP in allen Fällen regierungstreu gaben, scherte die SP bei ihrer eigenen Initiative «Für ein Verbot der Kriegsmaterialausfuhr» und beim dringlichen Bundesbeschluss zur Arbeitslosenversicherung aus. Die SVP wollte in der Drogenpolitik nichts vom offiziellen Regierungskurs wissen und befürwortete die restriktive Volksinitiative «Jugend ohne Drogen». Ausserdem nahm die SVP als einzige Regierungspartei in der im Berichtsjahr neu aufgelebten Diskussion über eine Liberalisierung des Schwangerschaftsabbruchs eine restriktive Position ein. Die SP wiederum wehrte sich als einzige Bundesratspartei gegen Abstriche im Sozialbereich und gegen den vom Bundesrat aufgestellten Fahrplan für die Sanierung der Bundesfinanzen.<sup>8</sup>

PARTEICHRONIK  
DATUM: 14.12.1998  
URS BEER

In der Finanzpolitik einigten sich die Regierungsparteien **nach zähem Ringen auf einen Kompromiss zur Verabschiedung des Stabilisierungsprogramms 98**, welches zur Sanierung des Bundeshaushalts Einsparungen von 2 Mia CHF und Mehreinnahmen von 20 Mio CHF bringen sollte. Umstritten waren von Anfang an die Sparmassnahmen im Sozialbereich sowie die Frage von zusätzlichen Einnahmen. Die SP hatte sich vehement gegen Einsparungen bei der AHV und ALV eingesetzt und gefordert, dass die Haushaltssanierung auch durch Mehreinnahmen, etwa durch die Einführung einer Kapitalgewinnsteuer erfolgen sollte. Auf bürgerlicher Seite war die Bereitschaft zur Erschliessung weiterer Einnahmequellen klein: FDP und CVP waren zwar mit dem Bundesrat darin einig, das dritte ALV-Lohnprozent weiterzuführen und den Plafond für das zweite Lohnprozent zu erhöhen, darüber hinaus kamen neue Abgaben nur in Frage, wenn der Börsenstempel abgeschafft würde und somit beträchtliche Steuerausfälle kompensiert werden müssten. Die SVP wendete sich ausser beim zusätzlichen Mehrwertsteuerprozent für die Sozialversicherungen generell gegen neue Steuern. Die **erste ernsthafte Bewährungsprobe für den Zusammenhalt des runden Tisches** erfolgte, als die SP zusammen mit den Gewerkschaften am Nein zum Haushaltsziel 2001 festhielten, was ihnen heftige Kritik von bürgerlicher Seite einbrachte. Umgekehrt stellten zahlreiche bürgerliche Parlamentarier durch ihren Eintritt in das Pro-Komitee der Wohneigentumsinitiative den runden Tisch in Frage, nachdem vorgängig beschlossen worden war, die Volksinitiative «Wohneigentum für alle» des Hauseigentümerverbandes abzulehnen und auf einen Gegenvorschlag bis zum Ausgleich der Bundesfinanzen zu verzichten. Die SVP gab zu dieser Initiative die Ja-Parole aus.<sup>9</sup>

### Grosse Parteien

PARTEICHRONIK  
DATUM: 05.12.1986  
PETER GILG

Die Freisinnig-demokratische Partei (FDP), die in den Nationalratswahlen von 1983 (vgl. auch hier) zur stärksten Landespartei aufgestiegen war, **blieb von Abbröckelungserscheinungen nicht verschont**. Die Fortsetzung der Reihe von kantonalen und kommunalen Wahlmisserfolgen, die im Herbst 1985 in der Westschweiz begonnen hatte (vgl. auch hier), gab zur Deutung Anlass, dass der Slogan «Mehr Freiheit und Selbstverantwortung – weniger Staat» seine Wirkung verloren habe, ja bei einem Teil der Wähler zur Belastung geworden sei. Parteipräsident B. Hunziker plädierte denn auch für eine Öffnung der Partei gegenüber neuen Problemen und distanzierte sich von einer konservativen Haltung; vor allem aber wiederholte er seinen Ruf nach vermehrter innerer Geschlossenheit. Als einen Problembereich, mit dem sich die Politik nunmehr zu befassen habe, signalisierte die FDP die neuen Technologien, denen sie eine ausserordentliche Delegiertenversammlung widmete. Die von dieser verabschiedeten Postulate betonten vor allem die Aufgabe des Staates, im Bildungswesen aller Stufen Voraussetzungen für den technologischen Fortschritt zu schaffen und die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft zu fördern. Im übrigen solle sich der Staat auf die Gewährleistung günstiger Rahmenbedingungen für die Wirtschaft beschränken, Monopolstellungen bei Regiebetrieben abbauen sowie rechtliche und administrative Hemmnisse reduzieren; vor einer direkten staatlichen Technologieförderung wurde eher gewarnt. Von einer Verstärkung des umweltpolitischen Interesses in der FDP – zumal vor einem eidgenössischen Wahljahr – zeugte ein entsprechendes Manifest, das die Herbst-Delegiertenversammlung freilich erst teilweise genehmigte; die brisanten Postulate wurden noch einer parteiinternen Vernehmlassung unterstellt. Mindestens im Grundsatz fanden immerhin Lenkungsabgaben zur Schonung knapper Umweltgüter Zustimmung. Weitere Thesen und Grundlagenpapiere veröffentlichten Partei oder Fraktion zum Asylrecht, zur Finanz- und zur Energiepolitik. Auf kantonaler Ebene hatte die FDP namentlich in Genf und Baselland sowie in der Stadt Zürich mit inneren Spannungen zu schaffen.<sup>10</sup>

PARTEICHRONIK  
DATUM: 19.02.1990  
MATTHIAS RINDERKNECHT

Im Berichtsjahr hatte die FDP immer noch mit den Folgen der Affäre Kopp sowie mit der Staatsschutzkrise und dem damit verbundenen Vertrauensverlust der Bürger in die FDP zu kämpfen; **letzte Umfragen zum Image der Parteien zeigten aber eine Trendwende zugunsten der FDP**. vgl. auch: Fichen-Affäre<sup>11</sup>

PARTEICHRONIK  
DATUM: 25.06.1990  
MATTHIAS RINDERKNECHT

In der FDP fanden erneut Grundsatzdiskussionen zu einer liberalen Politik statt, nachdem letztmals 1981 mit den sogenannten «Rigi-Thesen» neu überarbeitete liberale Grundsätze ins Parteiprogramm aufgenommen worden waren. **Eine Liberalismustagung diente als Vorbereitung zu einem neuen Thesenpapier**; dabei kamen im Vergleich zu früher vermehrt Fragen des Umweltschutzes, aber auch solche der Drogen- und Asylproblematik, des Wohnungsmarktes oder der AHV-Sicherung zur Sprache. Diese Grundsatzdiskussionen mündeten in einen Thesenentwurf einer von Ständerat Rhinow (BL) präsidierten Arbeitsgruppe, welcher am Parteitag in Vevey als «Liberales Manifest» gutgeheissen wurde.<sup>12</sup>

PARTEICHRONIK  
DATUM: 11.11.1990  
MATTHIAS RINDERKNECHT

Bei den Wahlen hat die FDP in den **meisten Kantonen Verluste hinnehmen müssen**: Insgesamt verlor sie elf Sitze, davon fünf im Kanton Bern und vier im Kanton Zug. Ausserdem gab sie im Zuger Regierungsrat einen Sitz an die Sozialistisch Grüne Alternative (SGA) ab. Auch im Parlament der Stadt Zürich büsste sie Mandate ein. Da sie hier ihren Wähleranteil massiv steigern konnte, war diese Wahlniederlage vor allem auf Proporzpech zurückzuführen.

PARTEICHRONIK  
DATUM: 12.11.1990  
MATTHIAS RINDERKNECHT

Am 10. November verabschiedeten die Parteidelegierten der FDP in Bern ein **Thesenpapier** zum Problembereich Gentechnologie. **Darin werden** unter anderem vom Bund **verbindliche Rahmenbedingungen für die Nutzung gentechnischer Methoden verlangt**. Die Anwendung der Gentechnologie wird befürwortet, wenn dabei folgende Bedingungen eingehalten werden: Wahrung der Menschenwürde, Schutz der natürlichen Umwelt und Erhaltung der genetischen Vielfalt sowie Schutz der Gesundheit und des Wohlergehens von Mensch und Tier.<sup>13</sup>

PARTEICHRONIK  
DATUM: 28.04.1991  
MATTHIAS RINDERKNECHT

Die freisinnig-demokratische Partei verfolgte im Berichtsjahr weiterhin eine Strategie der Personalisierung ihrer Parteipolitik, was laut dem Generalsekretär Christian Kauter **die einzige Chance zur Überwindung der Vertrauenskrise in der Wählerschaft seit der Kopp-Affäre darstellt**. An den Parteitagen profilierten sich neben Parteipräsident Steinegger (UR) sowie Fraktionschef Pascal Couchepin (VS) auch Gilles Petitpierre (GE), René Rhinow (BL) und die Zürcherinnen Vreni Spoerry und Lili Nabholz.<sup>14</sup>

PARTEICHRONIK  
DATUM: 26.08.1991  
MATTHIAS RINDERKNECHT

Der Parteitag der FDP in Solothurn Ende August eröffnete den Wahlkampf mit dem Thema Wohnbaupolitik; die Partei **forderte eine Lockerung des Mietrechts, den Abbau von Vorschriften** im Bauwesen und im Genehmigungsverfahren **sowie die vermehrte Ausrichtung der Mieten auf den Markt**.<sup>15</sup>

PARTEICHRONIK  
DATUM: 09.09.1991  
MATTHIAS RINDERKNECHT

Der Kongress der Liberalen Internationale in Luzern, an dem Delegierte aus **34 Ländern und Beobachter aus weiteren 20 Ländern** teilnahmen, war dem **Thema der Minderheiten** gewidmet. Durch die Revolutionen und die Aufbruchstimmung in Zentral- und Osteuropa, in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion sowie durch den Demokratisierungsprozess in gewissen Drittweltländern erhielt die Bewegung eine neue Bedeutung und Zuwachs durch die frisch gegründeten Organisationen.<sup>16</sup>

PARTEICHRONIK  
DATUM: 23.03.1992  
MATTHIAS RINDERKNECHT

An einer Arbeitstagung zum Thema Drogenpolitik forderten Vertreter aus Bund, Kantonen und Gemeinden eine **versuchsweise Heroinabgabe an Schwerstabhängige, die von flankierenden Massnahmen unterstützt werden soll**. Die bisherige Primärprävention wurde als ungenügend erachtet, vor allem infolge mangelnder Koordination zwischen den verschiedenen betroffenen Stellen in Kantonen und Gemeinden.<sup>17</sup>



**PARTEICHRONIK**  
DATUM: 01.08.1992  
MATTHIAS RINDERKNECHT

Als erste Regierungspartei gründeten die Freisinnigen eine FDP-International, mit einer **ersten Landessektion in Südafrika**.<sup>18</sup>

**PARTEICHRONIK**  
DATUM: 25.02.1994  
EVA MÜLLER

Die FDP feierte im Berichtsjahr ihr 100-jähriges Bestehen. Die Freisinnigen waren zwar seit 1848 massgebend für die Bundespolitik, auf **gesamtschweizerischer Ebene konstituierten sie sich aber erst am 25. Februar 1894 in Olten**. Die FDP blieb seither die wählerstärkste Partei auf nationaler Ebene und verfügt über das am dichtesten geknüpfte Netz an Lokalsektionen. Die FDP feierte das Jubiläum im September an ihrem Geburtsort mit rund 2000 Delegierten.<sup>19</sup>

**PARTEICHRONIK**  
DATUM: 24.10.1994  
EVA MÜLLER

Ein Antrag von **jungfreisinniger Seite**, den 155 weitere FDP-Mitglieder, vorwiegend aus den **Reihen der Zürcher und Aargauer Sektionen, unterschrieben hatten**, verlangte die Prüfung einer gesamtschweizerischen Urabstimmung über den Fortbestand der Zauberformel. Der Antrag wurde vom FDP-Delegiertenrat jedoch **klar abgelehnt**, da er sich die Handlungsfreiheit zu diesem Thema erhalten möchte.<sup>20</sup>

**PARTEICHRONIK**  
DATUM: 23.11.1994  
EVA MÜLLER

Die FDP des Kantons Waadt forderte die Mutterpartei in einer Resolution auf, ihre Haltung zu Europa darzulegen. Die FDP wehrte sich **jedoch gegen den Vorwurf, die Europafrage tabuisieren** zu wollen. Eine erneute Beitrittsdiskussion vor Beendigung der bilateralen Verhandlungen **missachte** ihrer Meinung nach aber den **Volkswillen und zementiere die Zweiteilung** des Landes.<sup>21</sup>

**PARTEICHRONIK**  
DATUM: 19.01.1995  
EVA MÜLLER

Zu Beginn des Jahres brachte die «Fischbacher-Affäre» der FDP negative Schlagzeilen. Die FDP St. Gallen sah vorerst keinen Anlass, ihr Parteimitglied, den Arzt Walter Fischbacher, dem vorgeworfen wurde, sich als **Gegner des Anti-Rassismus-Gesetzes wiederholt rassistisch und antisemitisch** geäussert zu haben, auszuschliessen. FDP-Präsident Franz Steinegger stellte sich auf den Standpunkt, dass die Regelung des Falles Fischbacher nur in die Kompetenz der St. Galler Kantonalpartei falle. Mutter- und Kantonalpartei mussten sich den Vorwurf mangelnder Abgrenzung gegen Rechtsausen gefallen lassen. Schliesslich gab **Fischbacher selbst seinen Austritt** bekannt und kam damit einem Entscheid der Kantonalpartei zuvor.<sup>22</sup>

**PARTEICHRONIK**  
DATUM: 28.03.1996  
EVA MÜLLER

Im April wechselten **vier Aargauer Parlamentarier der serbelnden Freiheits-Partei zur FDP**. Parteipräsident Steinegger gab zum Zuwachs aus den Reihen der Freiheits-Partei sein Einverständnis, wobei er klar machte, dass nur wer freisinnig-liberale Positionen vertrete, in der Partei Platz habe. Steinegger signalisierte den FDP-Kantonalparteien auch seine Zustimmung, mit den **Freiheitlichen Listenverbindungen einzugehen**, vorausgesetzt, auf den Listen figurierten keine problematischen Namen. Die Annäherung zwischen FDP und Freiheitlichen stiessen beim liberalen Flügel und bei den Jungfreisinnigen auf Opposition.<sup>23</sup>

**PARTEICHRONIK**  
DATUM: 13.04.1996  
EVA MÜLLER

Franz Steinegger, der seit 1989 Parteipräsident ist, wurde für eine weitere Amtsperiode bestätigt. Ins Vizepräsidium wurde neben den wiederkandidierenden Vreni Spoerry (ZH) und Fulvio Pelli (TI) als Vertreter der welschen Schweiz **neu Peter Tschopp (GE) gewählt**. Nationalrat Tschopp gilt als ausgesprochener Europabefürworter. Tschopp ersetzte den verstorbenen Jurassier Pierre Etique.<sup>24</sup>

**PARTEICHRONIK**  
DATUM: 25.09.1996  
EVA MÜLLER

Auch das Fraktionspräsidium der FDP musste im Berichtsjahr neu besetzt werden. Nach längerer Ausmarchung machte **Ständerätin Christine Beerli gegen Gerold Bühler (SH) mit einer Stimme Differenz** das Rennen. Sie wurde Nachfolgerin von Pascal Couchepin (VS) und ist erste weibliche FDP-Fraktionsvorsitzende. Die Wahl war auch insofern spannend, als sie klar den Flügelkampf innerhalb der FDP wiedergab: Bühler gilt als Verfechter eines harten wirtschaftsliberalen Kurses, während Beerli dem links-liberalen Lager zugerechnet wird. Zu Vizepräsidenten der FDP-Fraktion wurden Gerold Bühler und Adriano Cavadini (TI) ernannt.<sup>25</sup>

PARTEICHRONIK  
DATUM: 02.12.1996  
EVA MÜLLER

Zu Beginn des Jahres nahm sich die FDP vor, wieder verstärkt als diejenige Partei aufzutreten, die über die **grösste wirtschaftspolitische Kompetenz** verfügt. FDP und Wirtschaft entfernten sich im Berichtsjahr jedoch teilweise weiter voneinander. So stellte sich die FDP nur bedingt hinter das umstrittene Weissbuch von Wirtschaftsführern «Mut zum Aufbruch». Anlässlich der verlorenen Abstimmung zur Verwaltungs- und Regierungsreform warf die FDP den Wirtschaftsverbänden – insbesondere auch dem Vorort – vor, sie hätten mit ihrem Widerstand gegen die Staatssekretäre Solidarität mit der FDP vermissen lassen.

Gegen Ende des Jahres unterstützten die beiden freisinnigen Bundesräte ausserdem das revidierte Arbeitsgesetz nicht öffentlich. Mit der anschliessend verlorenen Abstimmung musste die **FDP eine schwere Niederlage einstecken**.<sup>26</sup>

PARTEICHRONIK  
DATUM: 16.08.1997  
EVA MÜLLER

Parteipräsident Franz Steinegger (UR) wurde im August für weitere zwei Jahre im Amt bestätigt. Die FDP-Frauen wählten anstelle von Franziska Frey-Wettstein (ZH) **Sibylle Burger-Bono (BE) zu ihrer neuen Präsidentin**. Zum Nachfolger von **FDP-Generalsekretär** Christian Kauter wurde der bisherige Delamuraz-Mitarbeiter **Johannes Matyassy gewählt**.<sup>27</sup>

PARTEICHRONIK  
DATUM: 18.08.1997  
EVA MÜLLER

Parteipräsident Steinegger, aber auch Bundesrat Kaspar Villiger kritisierten im Berichtsjahr offen, dass die FDP auf dem nationalen Parkett **nicht als die Kraft erscheine, welche die Schweiz aus ihrer Mehrfachkrise führen könne**. Gemäss Villiger tritt die FDP vorwiegend als effiziente Zweckgemeinschaft zur Rettung von Einzelinteressen auf. Steinegger rief zu mehr Einigkeit und Fraktionsdisziplin auf.<sup>28</sup>

PARTEICHRONIK  
DATUM: 18.04.1998  
URS BEER

An einer Delegiertenversammlung vom 18. April in Bern wurde Regierungsrätin **Marianne Kleiner (AR)** als Nachfolgerin von Ständerätin Vreny Spoerry (ZH) **ins FDP-Vizepräsidium gewählt**.<sup>29</sup>

PARTEICHRONIK  
DATUM: 24.10.1998  
URS BEER

Der Neuenburger FDP-Parteitag vom 24. Oktober stand ganz im **Zeichen des programmatischen Aufbruchs**. Der Freisinn wolle sich nicht länger am traditionellen Links-rechts-Schema orientieren, sondern strebt eine Modernisierungspolitik jenseits von rechts und links an; von Belang sei in Zukunft der Gegensatz zwischen Status Quo und Modernisierung. Unter Führung von Parteipräsident Steinegger und Generalsekretär Matyassy wurde die **«Vision Schweiz 2007» ausgearbeitet, die ein Denkmodell der erwarteten Entwicklung** darstellen soll. Im volkswirtschaftlichen Bereich sind nach freisinniger Vorstellungen im Jahr 2007 Wettbewerbsbehinderungen abgebaut, die Finanzierung der Sozialversicherungen langfristig gesichert und die Grundversicherung der Krankenkassen durch die Verselbständigung der öffentlichen Spitäler finanziell tragbar. Im Bildungsbereich ist die akademische Bildung dereguliert und der Markt für private Anbieter offen. In aussenpolitischer Hinsicht ist die Schweiz Mitglied von UNO und EU und verfügt über eine moderne Milizarmee, die ihren Auftrag im UNO/NATO-Verbund erfüllt. Im politischen System steht ein starker Bundespräsident an der Spitze eines Regierungsteams, das ein von mehreren Parteien getragenes Programm umsetzt und seine Führungsrolle wahrnimmt. Das Durchschnittsalter im Bundesrat liegt unter fünfzig und mehrere Frauen gehören ihm an. Die Parteienlandschaft setzt sich aus einer nationalkonservativen, einer linkskonservativen und einer Modernisierungsbewegung zusammen.<sup>30</sup>

PARTEICHRONIK  
DATUM: 15.06.1999  
DANIEL BRÄNDLI

Mitte Juni gab der Genfer Nationalrat Tschopp seinen Rücktritt als Vizepräsident der FDP bekannt. Er nannte berufliche Gründe, nutzte die Gelegenheit aber auch zur Kritik an seiner Partei; diese würde die **Anliegen der Romandie zu wenig ernst** nehmen. Dabei sprach er sich auch für eine **Fusion der Westschweizer bürgerlichen Parteien** aus, um die Deutschschweizer SVP besser bekämpfen zu können.<sup>31</sup>

Ende Januar gab **Franz Steinegger** (UR) seinen **Rücktritt** als FDP-Präsident bekannt. Er hatte das Amt zwölf Jahre inne gehabt. Der als Favorit gehandelte Hans-Rudolf Merz (AR) verzichtete auf eine Kandidatur. Zum **Nachfolger** designierte die Parteileitung den Schaffhauser **Gerold Bührer**. Der 53-jährige Finanzchef der Georg Fischer AG wurde 1991 in den Nationalrat gewählt und zählt zum neoliberalen Wirtschaftsflügel und gesellschaftspolitisch zu den Konservativen. Bührer verlangte einen bürgerlichen Dreierbund mit FDP, SVP und CVP und forderte die CVP auf, sich klar rechts zu positionieren. Am 7. April bestätigte die Delegiertenversammlung in Genf Gerold Bührer als Nachfolger von Parteipräsident Franz Steinegger.<sup>32</sup>

Anfang Januar wählten die FDP-Delegierten Interimspräsidentin **Christiane Langenberger** (VD) mit 181 Stimmen zur **Präsidentin**. Auf die als Favoritin gehandelte Zürcher Nationalrätin Trix Heberlein entfielen 164 Stimmen. Manche Freisinnigen hatten befürchtet, dass Heberlein, die im Herbst gemeinsam mit dem SVP-Vertreter Hans Hofmann (ZH) für den Ständerat kandidieren wollte, sich als FDP-Präsidentin auf nationaler Ebene zu wenig würde von der Hauptkonkurrentin SVP abgrenzen können – die SVP hatte bereits damit gedroht, das Doppel-Ticket Heberlein-Hofmann platzen zu lassen. Langenberger hingegen hatte für eine eigenständige Politik der Mitte plädiert.<sup>33</sup>

- 
- 1) Bresche Magazin (1993) Nr. 6, S. 7 ff.; SoZ vom 17.8.93; BZ vom 29.10.93
  - 2) SoZ, 3.7.94; BZ, 12.11.94
  - 3) SoZ, 30.4.95; NZZ, Bund und JdG, 31.10.95
  - 4) Longchamp (1995). Hin zur Tripolarität im Parteiensystem der Schweiz. Eine Erstanalyse der Nationalratswahlen vom 22. Oktober 1995; SGT, 31.10.95; SoZ, 5.11.95
  - 5) TA, 3.11.95; Ww, 23.11.95; SoZ, 14.1.96 und 3.12.95; LZ und Bund, 6.12.95
  - 6) NLZ, 31.8.96
  - 7) BZ, 6.6. und 15.7.97
  - 8) Parolen 1997; Presse vom 9.12.97
  - 9) Presse vom 8.4.98; Presse vom 8.7.98; Presse vom 9.12., 11.12. und 14.12.98
  - 10) Arigoni und Urio (1986). Aspects de la régionalisation du Parti Libéral-Radical du Tessin.; NZZ, 7.1., 9.1. und 27.9.86; Ww, 9.1.86; 24 Heures, 30.1.86; LM, 19.2.86; L'Hebdo, 27.2.86; TA, 28.2., 13.3. und 9.5.86; Sonntags-Blick, 16.3.86; Presse vom 21.4., 25.8. und 27.10.86; JdG, 1.7.86; SZ, 22.7.86; Suisse, 27.8.86; SGT, 29.10.86; BaZ, 29.11., 3.12. und 5.12.86; SJPW, 26/1986, S. 107 ff.; Politische Rundschau, 65/1986, 66/1986 und 66/1987; Der Freisinn, 1986, Nr. 6.
  - 11) Presse vom 19.2.90.
  - 12) FDP (1990). Liberales Manifest; Presse vom 15.1.90; NZZ, 31.5.90; SGT, 21.6.90; SN, 22.6.90; Presse vom 25.6.90; L'Hebdo, 12.4.90; Politik und Wirtschaft, 1990, Nr. 6, S. 27 ff.
  - 13) Politische Rundschau (1990). «Gentechnologie als Herausforderung», Band 69, Nr. 1/2, Thesen S. 32 f.; Presse vom 12.11.90
  - 14) Suisse vom 28.4.91
  - 15) Presse vom 26.8.91
  - 16) NZZ vom 7.9. und 9.9.91
  - 17) NZZ vom 23.3.92; Politische Rundschau, 71/1992, Nr. 1/2
  - 18) Freisinn FDP, 1992, Nr. 9 und 12
  - 19) NZZ, LZ und BaZ, 25.2.94; TA, 16.9.94; Presse vom 19.9.94; Politische Rundschau (1994). Für eine Schweiz mit Zukunft. Hundert Jahre FDP der Schweiz
  - 20) BZ, 4.10.94; TA, 24.10.94
  - 21) BZ, 23.11.94
  - 22) SoZ, 8.1.95; NQ, 9.1.95; Ww, 12.1.95; Presse vom 19.1.95
  - 23) BZ, 28.3.96
  - 24) Presse vom 15.4.96
  - 25) Bund, 4.9. und 17.9.96; Presse vom 25.9.96
  - 26) NLZ, 22.1.96; BZ, 11.6.96; Presse vom 2.12.96
  - 27) Presse vom 19.4., 2.6. und 16.8.97
  - 28) NZZ, 25.3.97; TA und Bund, 18.8.97
  - 29) NZZ, 10.3.98; Presse vom 20.4.98
  - 30) NZZ, 14.10.98; Ww, 22.10.98; Presse vom 24.10. und 26.10.98; SoZ, 25.10.98
  - 31) Presse vom 22.5. und 2.6.99
  - 32) Presse vom 6.1., 12.1., 24.-25.1., 7.4. und 9.4.01; AZ, 2.4.01.
  - 33) Presse vom 9.-10.1.03; NZZ, 11.1.03; SoZ, 12.1.03; Presse vom 13.1.03.